Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oehl, Kupferberg, Rade vormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 24 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 29. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Luther fordert Vertrauensvotum

Aussprache im Reichstag.

(149. Sitzung.) CB. Berlin, 27. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung des Regierungsprogramms. Wie der Besuch der Tribünen zeigt, ist das Interesse der Öffentlichkeit an den Verhandlungen ebenso groß wie bei der Regierungsrede selbst. Zuerst wurde ein Antrag Henning (Völk.) abgelehnt, der verlangte, daß mit der Beratung die Besprechung eines völkischen Antrages auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawes-Plan verbunden werden sollte.

Erklärung der Koalitionsparteien.

Abg. Fehrenbach (Ztr.), der eine Erklärung im Namen der Regierungsparteien abgab, stimmte dem Regierungsprogramm zu und knüpfte daran den Wunsch, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Besatzung in der zweiten und dritten Rheinlandzone recht bald zum Ziele führen möchten. Wirtschaftlich sei Deutschland angewiesen auf eine Steigerung seiner Ausfuhr, um fähig zu sein zur Leistung der ihm auferlegten Zahlungen. Weiter sagte der Redner, die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes sei notwendig. In dieser Richtung sei die angekündigte Herabsetzung der Steuerlasten nur zu begrüßen. Der erste Schritt müsse hier bei der Umsatzsteuer getan werden. Die von der Regierung angekündigten Reformen auf dem Gebiete der Sozialpolitik werden vom Zentrum gebilligt und unterstützt. Die Zusammenfassung der verschiedenen Schutzbestimmungen zu einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz sei notwendig, ebenso die baldige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes.

Der sozialdemokratische Redner.

Abg. Müller-Franken (Soz.) meinte, wenn Dr. Luther für seine Minderheitsregierung die Unterstützung anderer Parteien suche, dann hätte er nicht ein so wenig präzises Programm vortragen dürfen. Seine Partei sei unschuldig an der langen Dauer der Krise, sie hätte sofort nach dem Austritt der Deutschnationalen aus dem ersten Kabinett Luther erklärt, daß sie eine große Koalition nicht mitmachen würde. Der Redner fragte in diesem Zusammenhange, warum man ein Kabinett in der Form des heutigen nicht schon im Dezember gebildet hätte. Der Streit um die Ministerposten, der Widerstand der Bayern, die Tatsache, daß in der Programmrede nicht einmal das Wort Republik vorgekommen sei, alles das rechtfertige das Mißtrauen der Sozialdemokraten. In der Außenpolitik sei Deutschland ganz selbstverständlich im Interesse seines Wiederaufbaues an die Locarnopolitik gebunden. Ein Zurück könne es hier nicht geben. Der Eintritt in den Völkerbund sei in der Programmrede zu akademisch behandelt worden; der Reichskanzler hätte sagen müssen, daß der Eintritt keinen Aufschub mehr vertrage. Seine Freunde hätten für die Besprechung des deutschnationalen Antrages gestimmt, weil sie darüber Klarheit schaffen wollten, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht an alle möglichen Bedingungen geknüpft werden dürfte. Alle Parteien seien allerdings einig, daß hinsichtlich der Rückwirkungen von Locarno die Deutschland von der Botschafterkonferenz gemachten Zusagen nicht erfüllt worden seien. Der Widerstand käme jedoch nicht von den Staatsmännern, sondern von dem Militär der Entente. Seine Freunde würden die

Außenpolitik der Regierung unterstützen,

solange sie dem Kurs von Locarno und London treu bleibe. Von der Innenpolitik erwarten sie, daß der ganz unmögliche Referentenentwurf zum Reichsschulgesetz zurückgezogen würde. In der Frage der Fürstenabfindung hätte das unerhörte Vorgehen der Fürsten und ihrer Anwälte den Boden für die entschädigungslose Enteignung durch Volksentscheid vorbereitet. Der Redner ging dann auf die wirtschaftliche Krise und die wachsende Arbeitslosigkeit ein, um durchgreifende sozialpolitische Hilfsmaßnahmen zu fordern. Die in der Programmrede angekündigte Wirtschaftspolitik würde die Sozialdemokratie unterstützen können. Der Redner schloß mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Auslande nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne. „Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache!" (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp für die Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp meinte, die Außenpolitik der letzten Jahre ist gekennzeichnet durch das Wort: Von Illusionen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zu neuen Illusionen. Diese Politik sei auch heute noch nicht abgeschlossen. Die Deutschnationalen wollten erst bestimmte Voraussetzungen erfüllt sehen, ehe

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

vollzogen werde. In allen Parteien herrsche Enttäuschung und alle Parteien seien einig darin, daß die bisherige Verminderung der Besatzung absolut und in jeder Hinsicht unzureichend sei. Vor dem Eintritt müßte auch Klarheit geschaffen werden über die Auslegung des Locarnovertrages. Außerdem müßte eine dem deutschen Interesse entsprechende Regelung des Verfahrens bei Völkerbundexekutionen festgesetzt werden, weiter die Zurücknahme der Kriegsschuldlüge und der Kolonialliige erfolgen und Garantien für den Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland gegeben werden. Weiter sei notwendig eine vollständige Beseitigung der Militärkontrolle, eine Aufhebung der im Luftfahrwesen über Deutschland verhängten Beschränkung. Auf der Abrüstungskonferenz sollte der deutsche Vertreter die ungerechte Ausnahmebehandlung kennzeichnen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag zuteil werde. (Beifall rechts.) Mindestens müßte vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abgewartet werden, ob das Ergebnis der bevorstehenden Abrüstungskonferenz Deutschland die nötige Gleichberechtigung verschaffe. Der

Außenpolitik Dr. Stresemanns

brächte seine Partei das größte Mißtrauen entgegen. Sie halte es überhaupt für bedenklich, wenn ein Parteivorsitzender gleichzeitig Außenminister sei. Auch diejenigen Deutschnationalen, die unter dem Druck der außenpolitischen Lage dem Dawes-Abkommen zugestimmt hätten, seien mit der Fraktion einig in der Beurteilung der Grundlage dieses Abkommens. Inzwischen hätte sich die Überzeugung von der Unausführbarkeit dieses Abkommens wohl allgemein durchgesetzt. Der Ausbeutungspolitik der ausländischen Gewalthaber sei leider unter dem Einfluß der Sozialdemokratie eine deutsche Erfüllungspolitik entgegengekommen. Aus Gründen der Außenpolitik hätten seine Freunde einen

Mißtrauensantrag

eingebracht. Es handle sich nicht um ein neutrales Kabinett, sondern um eine reine Parteiregierung. Dieser gehöre als Justizminister auch der Abg. Marx an, der immer für ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eingetreten sei. (Bravo! bei Zentrum und Sozialdemokraten.) In noch größerem Maße gelte das von den Demokraten, die trotz ihrer Schwäche und trotz der geringen Anzahl ihrer Wähler einen bedeutenden Ministerposten innehätten. Der Fraktionsvorsitzende Koch habe zwar nach langem Sträuben seiner Fraktionsmitglieder sich dem bayerischen Einfluß gefügt und auf den Posten des Innenministers verzichtet, aber als Koch-Ersatz (Heiterkeit) sei Herr Külz gekommen, der genau so denke wie Herr Koch. Von einem solchen, sozialdemokratischen Einflüssen zugänglichen Kabinett müßten seine Freunde eine Politisierung der Reichswehr, des Unterrichtswesens und der Politik befürchten. Der deutschnationale Mißtrauensantrag richte sich gegen die seit Locarno eingeschlagenen Linien der Außenpolitik, im Innern aber in erster Linie gegen den unheilvollen Einfluß, den die Sozialdemokraten auf dieses Kabinett haben werden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Dr. Luther

führt aus, auf die vielen Fragen nach Einzelheiten müsse er erklären, es handle sich jetzt nur um die politische Frage, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben solle. Die Regierung hätte sich zusammengefunden, nachdem und weil die Bildung einer Mehrheitsregierung nicht möglich gewesen sei.

Irgendwie — der Kanzler sprach die folgenden Sätze in wachsender Erregung — müsse Deutschland schließlich regiert werden. (Heiterkeit rechts.) Es sei sehr billig, darüber zu lachen, es sei überhaupt sehr billig, jetzt mit leichtem Humor die Dinge zu behandeln. Er könne sagen, den Männern, die jetzt in der Regierung säßen, sei gar nicht nach Humor und nach kleinen Witzen zumute. (Beifall in der Mitte.)

Die Parteien wüßten ganz genau, daß man sich in einer Lage des Vaterlandes befinde, (Zuruf bei den Kommunisten: „Durch Ihre Mißwirtschaft!"), in der der größte Ernst eingesetzt werden müsse, um überhaupt durchzukommen. Mit solchen Worten wie Mißwirtschaft werde man der Lage nicht Herr. Wie soll denn eine Regierung der Mitte anders aussehen als so, wie Graf Westarp sie kritisiert habe? Wie soll eine neutrale Regierung aussehen, wenn sie nicht die verschiedenen Parteien der Mitte umfasse? Der Vorsitzende der Sozialdemokratie hätte ihm zugerufen, er müsse sich entscheiden und klare Stellung nehmen. Ja, warum, so frage er, habe denn die Sozialdemokratie sich nicht entschieden, in die Regierung hineinzukommen? (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Dann würde man jetzt hier mit einer wirklichen Mehrheitsregierung stehen und eine ganz andere Grundlage zur Arbeit haben. (Beifall in der Mitte.) Nachdem diese beiden Voraussetzungen dafür von rechts und links gefallen seien, sollte man eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich als Notgemeinschaft zusammengeschlossen hätten, um die Regierung zu tragen und überhaupt die Existenz einer Regierung zu ermöglichen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Man habe es gestern erlebt, bei einer Abstimmung über eine taktische Angelegenheit von nicht entscheidender Bedeutung, daß sofort die ganze Opposition bei einer von ihm, dem Redner, nicht erwünschten Seite, sich gegen die Mitte erhoben habe. Das hätte immerhin durch die ganze Welt bis zu einem gewissen Grade Aufsehen erregt. Er hätte mit voller Deutlichkeit ausgesprochen, vor dem Reichstage stehe eine Minderheitsregierung, und er wisse, daß man mit einer Minderheit schwer regieren könne. Aber gerade nach dem gestrigen Vorgange sei es unmöglich, daß diese Regierung in dieser schweren Zeit ihre Arbeit etwa endgültig übernehme auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten.

Auf dieser Grundlage könne und wolle das Kabinett nicht arbeiten.

(Große Bewegung im ganzen Hause, lebhafter Beifall in der Mitte.) Er müsse wissen, ob er im Reichstage die ordnungsmäßige Stütze hinter sich habe. Er müßte deshalb in voller Übereinstimmung mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern erklären, daß sie auf eine

positive Vertrauenskundgebung nicht verzichten

könnten. (Erneuter lebhafter Beifall der Mitte.) In der jetzigen Zeit dürfe keine Regierung bestehen, die nur geduldet sei, sondern nur eine, die vom Reichstage getragen werde. Er könne unmöglich zu den Fragen des Grafen Westarp über die Einzelheiten der außenpolitischen Verhandlungen im einzelnen antworten. Dafür müßten bis zum Abschluß Reichskanzler und Außenminister die Verantwortung selbst tragen. Selbstverständlich müsse man den Eintritt in den Völkerbund als klare Fortsetzung der Linie der deutschen Außenpolitik seit Locarno vollziehen. Er hätte den lebhaften Wunsch, die deutsche Stimme so bald wie möglich in den Völkerbund gelangen zu lassen. Wo könnten aber die deutschen Belange kräftiger und eindrucksvoller zur Geltung kommen, draußen oder drinnen? Er antwortete: drinnen. (Beifall links und in der Mitte.) Wo man über die Lebensinteressen des deutschen Volkes und Vaterlandes verhandle, wolle er dabei sein. Die Regierung wolle auch solche Männer nach Genf zum Völkerbund schicken, die so dächten, nicht etwa Leute, die den Willen zur Mitarbeit am Völkerbunde nicht haben. Man könne nicht zweierlei Politik mit einem Male treiben.

In der Wahlrechtsfrage

sage die Regierung mit voller Absicht, daß nicht das Wahlrecht, sondern die Wahlgesetzgebung geändert werden solle. Das Verhältnis zwischen den deutschen Wählern und ihren Abgeordneten soll wieder unmittelbar gestaltet werden. An die Stelle des Programms soll wieder der lebendige Mensch treten. Die Regierung glaube, ihre Arbeit nicht übernehmen zu können, wenn ihr nicht ein positives Vertrauensvotum gegeben werde. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Vertrauensvotum der Regierungsparteien.

Während der vom Hause mit großer Bewegung angehörten Kanzlerrede ist ein Vertrauensvotum der Regierungsparteien eingegangen, wonach die Reichsregierung das Vertrauen des Reichstages besitzt.

Abg. Heckert (Komm.) zog sich gleich zu Beginn seiner Ausführungen kurz nacheinander zwei Ordnungsrufe des Vizepräsidenten Rießer zu, weil er sich in beleidigenden Äußerungen gegen Mitglieder der Regierung erging. Insbesondere kritisierte er den Reichsaußenminister, der gegenüber Sowjetrußland der Stiefelputzer Baldwins geworden sei.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) war der Ansicht, daß, wer für Locarno gestimmt habe, logischerweise auch in den Völkerbund müsse. Die vom Abg. Westarp vertretene Politik des Mißtrauens sei eine Politik des kleinen Mannes. Notwendig sei die baldige Interpretation des Begriffes normale Stärke für die im besetzten Gebiete verbleibenden fremden Truppen. Der Redner setzte sich dann für den Anschluß des deutschen Brudervolkes in Österreich ein. Die Italiener hätten in Südtirol die Tradition ihrer eigenen Geschichte umgedreht, indem sie sich gegen ein waffenloses Volk so streng vergehen.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) meinte, die letzte Regierungskrise habe bewiesen, daß das durch die Weimarer Verfassung geschaffene parlamentarische Regierungssystem geradezu zu einer Gefahr und Schicksalsfrage des deutschen Volkes ausarte. Er betonte weiter, daß die Wirtschaftliche Vereinigung keine Bindungen mit den Deutschnationalen eingegangen sei. Sie stände in sachlicher Opposition zur Regierung, werde aber sachlich mitarbeiten besonders in allen wirtschaftlichen Fragen. Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstage begann die Aussprache der Parteien über die Programmerklärung des neuen Kabinetts.

* Bei der Reichstagsauseinandersetzung erklärte Reichskanzler Dr. Luther, daß sein Kabinett nur arbeiten könne, wenn es ein ausgesprochenes Vertrauensvotum erhalte.

* In Zittau brach in einer großen Textilwarenfabrik Großfeuer aus, durch das erheblicher Sachschaden angerichtet wurde.

* Auf seiner Rückreise aus Rapallo ist der englische Außenminister Chamberlain in Paris eingetroffen und hat dort eine Besprechung mit Briand über die Besatzungsfragen am Rhein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Hindenburgs Rheinreise.

Als Termin für die Reise des Reichspräsidenten in das demnächst freiwerdende Gebiet ist, wie offiziös mitgeteilt wird, der 21. und 22. März festgesetzt worden. Mit der Aufstellung des Reiseplanes ist der Oberpräsident der Rheinprovinz zurzeit beschäftigt, der auch mit den in Frage kommenden Stellen wegen der Einzelheiten in Verbindung getreten ist. Der Besuch wird den Reichspräsidenten nach den von ihm jetzt endgültig getroffenen Bestimmungen nach Köln führen. Am zweiten Tage wird ein kurzer Besuch in Bonn folgen.

Diplomatisches Diner beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg gab ein Diner für das Diplomatische Korps, zu dem im ganzen 90 Gäste geladen waren. Der päpstliche Nuntius sowie sämtliche Missionschefs mit ihren Damen waren erschienen. An deutschen Gästen waren nur Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Frau, Staatssekretär von Schubert und Frau, Staatssekretär Meißner und Frau und Reichstagspräsident Löbe und Frau anwesend. Die fremden Diplomaten hatten ihre Hofuniformen angelegt, während Hindenburg in Zivil mit dem Pour le mérite und dem Blücher-Kreuz des Eisernen Kreuzes erschienen war.

Die Durchführung des Volksbegehrens.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei haben sich über die organisatorische Durchführung des Volksbegehrens über die Fürstenenteignung geeinigt. Für das Volksbegehren müssen nach der letzten Wahl im Reiche — es handelt sich um den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl — gemäß dem [illegible] über den Volksentscheid 3 944 413 Stimmen aufgebracht werden.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Der Direktor der Sächsischen Bank in Dresden, Dr. Dehne, hat nunmehr seine Bereitwilligkeit erklärt, als Nachfolger Dr. Reinholds das sächsische Finanzministerium zu übernehmen.

Wien. Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel kommt Anfang Februar nach Berlin, wo er sich mehrere Tage aufhalten wird. Dr. Seipel wird mit Führern der Zentrumspartei und amtlichen Stellen Fühlung nehmen.

Paris. In der Französischen Kammer hat die große Finanzdebatte begonnen, deren Ausgang für das Schicksal des Kabinetts Briand von entscheidender Bedeutung sein wird.

Paris. Zu der Fälscheraffäre der Angola-Bank, die kurz vor den ungarischen Banknotenfälschungen aufgedeckt wurde, wird jetzt aus Lissabon gemeldet, daß der bisherige portugiesische Gesandte im Haag wegen Teilnahme an den Fälschungen verhaftet worden ist.

Rom. Nach einem neuen Dekret, von dem besonders Österreicher und Deutsche betroffen werden, müssen Gewerbetreibende und Kaufleute, die innerhalb einer Zone von 30 Kilometer hinter der Grenze ihrem Beruf nachgehen, dieses Gebiet binnen drei Monaten verlassen oder verzichten, dort weiter Handel und Gewerbe zu treiben.

Preußischer Landtag.

(118. Sitzung.) tt. Berlin, 27. Januar.

Das Preußenhaus nahm seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht der

Haushaltsplan für 1926.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff gab eine Übersicht über die Finanzgebarung des Landes und stellte fest, daß der Haushaltsplan 1925 mit einem Fehlbetrag von 229,2 Millionen abgeschlossen habe. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, müsse aus der Hauszinssteuer noch ein Betrag von 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bereitgestellt werden. Diese Notwendigkeit ergebe sich aus dem Reichsfinanzausgleich, der den Anteil der Länder an den großen Reichssteuern verkürze und die Länder für den Ausgleich ihrer Fehlbeträge auf eine Erhöhung der Hauszinssteuer verwiesen habe. Wenn auch das Defizit sich verringere.

so werde der Betriebsfonds doch voll ausgenutzt werden, zumal durch die Hochwasserschäden und die Erwerbslosigkeit dem Staate doch außergewöhnliche Ausgabe nentständen. Aufgabe des Landtages sei es, durch weitere Ersparnismaßnahmen den Bedarf des Staates einzuschränken, das sei aber nur durch Personaleinschränkung möglich.

Die Ausführungen des Finanzministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Dem Beschlusse des Ältestenrates entsprechend wurde die allgemeine Aussprache zum Haushalt auf Donnerstag vertagt.

Das Haus wandte sich der Erledigung der weiteren Punkte der Tagesordnung zu, nahm ohne Aussprache Kenntnis von Eingabenberichten für das Rechtswesen und schloß daran die Beratung der Übersicht von den Staatse[illegible]men und -ausgaben für das Rechnungsjahr 1924. Die Übersicht wird dem Rechnungsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Verlängerung der Geltungsdauer einzelner Teile der Novelle zum Polizeikostengesetz. Nach dieser Vorlage sollen die bisher gültigen Bestimmungen bis zum 31. März 1927 verlängert werden. Die Vorlage wird dem Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Ä[illegible]ern und einen Ärztekammerausschuß geht an den Bevolterungsausschuß. Ohne Debatte verabschiedet das Haus endgültig in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinigung der Landgemeinde Diesdorf mit der Stadt Magdeburg.

Dann kommt der deutschvolksparteiliche Urantrag zur Sprache, der die preußische Verfassung dahin abändern will, daß die von einem Strafverfahren erfaßten Handlungen vor Abschluß des Strafverfahrens nicht zum Gegenstand des Verfahrens vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemacht werden können. Der Verfassungsausschuß empfiehlt Ablehnung des Antrags und das Haus schließt sich dem an und vertagt sich dann.

Verewigung der Kontrolle.

Es war von vornherein deutlichste Absicht der Entente, die Entwaffnungskontrolle über Deutschland jedenfalls solange nicht abzubauen, als Deutschland nicht selbst in den Völkerbund eingetreten sei; dann würde es sich nicht weigern können, jene Bestimmungen über die Entwaffnungskontrolle anzunehmen, die sich lediglich gegen Deutschland richten.

Der neue Chef der Militärkontrollkommission und Nachfolger des Generals Nollet, der englische General Walsh, hat nun einen Bericht über den Fortgang der Kontrolle an die Botschafterkonferenz geschickt, der dieses Bestreben zum Ausdruck bringt. Deutschland ist immer noch nicht genug entwaffnet, genau ebensowenig wie Österreich genug entwaffnet ist; die 55 Offiziere und 150 Mannschaften der Kontrollkommission hätten sonst ja auch nichts mehr zu tun. Jetzt soll angeblich die Umstellung der Schupo, die Umänderung im Oberkommando der Reichswehr, die Umbewaffnung in Königsberg und schließlich das Verbot der Vaterländischen Verbände nicht durchgeführt sein. Daß alles dies nicht von heute auf morgen erledigt werden kann, weiß die Kontrollkommission natürlich auch. In der Entwaffnungsnote hatte man uns in den Streitfragen ein gewisses Entgegenkommen zugesagt, und die deutsche Regierung hat wirklich alles daran gesetzt, so schnell wie möglich zu erfüllen von den Forderungen der Entente, was zu erfüllen war. Von deutscher Seite wird nun halbamtlich betont, daß es sich überhaupt nur noch um formale Fragen und gar nicht mehr um wesentliche Differenzen handelt. Daß es sich aber auch nicht, wie der General Walsh behauptet, handele um Forderungen, die über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehen. Das bezieht sich besonders auf die Behauptung des Engländers, daß wir bei der Verstärkung der Polizeitruppen an der Ost- und Westgrenze über das Maß hinausgingen, und zwar an strategisch besonders wichtigen Punkten.

Es ist fast unmöglich, derartige Gedankengänge irgendwie ernst zu nehmen. Selbst wenn an sogenannten strategisch wichtigen Punkten ein paar tausend Mann Schupo stehen, so ist nicht anzunehmen, daß diese mit ihren Karabinern, Pistolen und leichten Maschinengewehren einer modern ausgerüsteten Streitmacht auch nur den geringsten Widerstand leisten könnten. Außerdem wurde bei den Bestimmungen, die 1921 die Entente in Boulogne über die Stärke und Organisierung der deutschen Schupo getroffen hatte, ausdrücklich zugegeben, daß die Zahl von 150 000 Mann sich nicht beziehe auf das besetzte Gebiet, so daß also bei Rückgabe eines Teiles des Rheinlandes ohne weiteres eine entsprechende Verstärkung der Schupo zu erfolgen hat. Darüber wird nun zurzeit noch verhandelt. Aber Pariser Blätter wollen wissen, daß die französische und die englische Regierung entschlossen sind, den deutschen Ansichten über Verstärkung und Verteilung der Schupo in keiner Weise entgegenzukommen.

Das erscheint nicht unwahrscheinlich angesichts des Schlußsatzes des Kontrollberichts, wonach an den Abbau der Kommission vorläufig nicht gedacht werden könne, obwohl in der Entwaffnungsnote vom November gesagt worden war, daß er etwa gleichzeitig mit der Räumung Kölns erfolgen solle. Man will eben einfach nicht. Man kommt mit immer neuen Forderungen; dafür bietet ja auch Österreich ein nur allzudeutliches Beispiel. Überblickt man noch einmal die gewaltigen Forderungen, die hinsichtlich der Entwaffnung im letzten Jahr noch an Deutschland gerichtet waren, und hält dagegen, was ausgeführt und was von der Entente als ausgeführt selbst zugegeben wurde, so bleibt ein so kümmerlicher Rest des Umstrittenen, daß der Nichtabbau der Militärkommissionen eben nur der Absicht entspringt, solange die Kommissionen in Deutschland zu belassen, bis andere, aber gleichwertige an ihre Stelle treten.

Die Kapitalnot der Landwirtschaft.

Sechste Sächsische Landwirtschaftswoche.

Auf einer Tagung der sächsischen Landwirte sprach Dr. Johst über die Auswirkung der finanzpolitischen Lage Deutschlands auf die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft, wobei er auch die Ursachen der Erkrankung unserer Volkswirtschaft erörterte. Dabei führte er u. a. folgendes aus: In der Vorkriegszeit habe der

Reinertrag der Landwirtschaft

zwei Milliarden betragen, was bei einem Zinsfuß von 4 % einen Wert von 50 Milliarden des landwirtschaftlich benutzten Bodens bedeute. Bei dem heutigen Zinssatz von 10 % würde bei Kapitalisierung eines gleichen Reinertrages sich nur noch ein Wert von 20 Milliarden ergeben. Die notwendige Folge hiervon sei eine Senkung der Güterpreise. Die Landwirtschaft habe ihr Betriebskapital weit stärker als Industrie und Warenhandel verloren, da zur Zeit der Einführung der Rentenmark die Ernte bereits verkauft gewesen sei. Der Rentenmarkkredit sollte die nächste Ernte finanzieren, und aus dieser Ernte sollte die Landwirtschaft den Kredit zurückzahlen. Schulden aber könne man nur aus Gewinnen tilgen. Der neue 25-Millionen-Dollar-Kredit für die Landwirtschaft sei geringer als der ihr entzogene Kredit, so daß sich

die Kreditlage verschlechtert

habe. Johst hob dann weiter die Gefahr, die in der Unsicherheit hinsichtlich der Höhe der Zinssätze besteht, hervor. Die Höhe des gegenwärtig in der Landwirtschaft befindlichen Betriebskredits schätzte er auf 1,8 Milliarden, was eine jährliche Zinsenlast von etwa 200 Millionen Reichsmark bedeute. Die Zinsenlast sei also die gleiche wie vor dem Kriege, während die Höhe des Betriebskapitals nur die Hälfte betrage.

Dittmanns Broschüre.

Sonderveröffentlichungen sollen unterbleiben.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Kriegsfragen hat sich weiterhin mit der Broschüre des Abg. Dittmann beschäftigt. Zur Annahme gelangte ein Zentrumsantrag, in dem der Ausschuß die bestimmte Erwartung ausspricht, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen ohne Beschluß des Ausschusses unterbleiben. Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder gaben daraufhin die Erklärung ab, daß sie sich trotz dieses Beschlusses alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht für Veröffentlichungen zustehen, vorbehalten. Ein deutschvolksparteilicher Antrag, der die „Art und Weise, wie der Abgeordnete Dittmann sein Referat in Form einer Broschüre in die Öffentlichkeit gebracht hat, mißbilligt", wurde abgelehnt.

Der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses für die Kriegsfragen beschloß, den Vizeadmiral v. Trotha zu den weiteren Verhandlungen über die Marinemeutereien zur Auskunftserteilung heranzuziehen. Dem Abg. Joos (Ztr.) wurde der Auftrag erteilt, das bisher vorliegende und das noch eingehende Material durchzuarbeiten, um zu klären, welche weiteren Vernehmungen etwa noch in Betracht kommen.

Zusammenkunft Briand-Chamberlain.

Wichtige Beratungen in Paris.

Die schon seit längerer Zeit in Aussicht genommene Zusammenkunft des englischen Außenministers Chamberlain mit Briand soll nun am Donnerstag erfolgen. Die Begegnung der beiden Staatsmänner erhält eine besondere Wichtigkeit durch die Anwesenheit des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Erik Drummond, in Paris, der plötzlich von Genf nach der Seinestadt abgereist ist. Das offizielle Programm der Besprechung ist nicht bekannt; Zeitungsmeldungen wollen jedoch wissen, daß sich die Staatsmänner über folgende Fragen unterhalten werden:

1. Die vorgeschlagene Verschiebung der vorbereitenden Entwaffnungskonferenz,
2. den gegenwärtigen Zustand in der Entwaffnung Deutschlands, und die Lage der Internationalen Kontrollkommission, und
3. die Reduzierung der alliierten Rheinlandbesatzungsarmee.

Was Punkt 3 anbelangt, so stehe England nicht auf dem Standpunkt, daß die Besatzungsarmee auf 45 000 Mann reduziert werden müsse, wie man es deutscherseits wünsche, anderseits bekämpfe man aber auch die französische These, weil kein Grund vorhanden sei, die Zahl der Truppen der alliierten Besatzungsarmee in der zweiten und dritten Zone zu erhöhen. England meine, daß in den beiden verbleibenden Rheinlandzonen die Stärke der Besatzungsarmee die gleiche wie vor der Kölner Räumung sein müsse, und glaube, in einem solchen Vorschlage die logischste und beste Lösung zu sehen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 29. Januar 1926

☐ **Warnung vor Vermittlern bei landwirtschaftlichen Krediten.** Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Es ist bekanntgeworden, daß die zugunsten der Landwirtschaft geplante Kreditaktion der Golddiskontbank und der Rentenbankkreditanstalt von unberufenen Stellen benutzt wird, um sich durch Anbieten einer Vermittlung geschäftliche Vorteile zu sichern, die sich auf viele Prozent der gewünschten Darlehnsbeträge beziffern und geeignet sind, den Kredit für den Landwirt in ganz unnötiger Weise und in einem ganz unerträglichen Ausmaße zu verteuern. Es wird nachdrücklichst auf das Treiben solcher Kreise aufmerksam gemacht und davor gewarnt. Die Durchführung der Kreditaktion liegt ausschließlich in den Händen derjenigen Realkreditinstitute, die nach dem Gesetz über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt für den Verkehr mit dieser allein in Betracht kommen, und deren Adresse bei der Rentenbankkreditanstalt zu erfahren ist.

& Halver, 28. Jan. Der Evangelisator, der in der verflossenen Woche in der Nachbargemeinde Kierspe Evangelisationsversammlungen abhielt, und dessen Name in den Zeitungen als Dr. Sellinghaus angegeben war, der aber in Wirklichkeit Dr. Jellinghaus heißt, hat seinen Familienstamm in der Gemeinde Halver. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wohnte hier ein Arzt, Dr. Jellinghaus, der das Haus Berlinerstraße 2, das jetzige Cafe Weyland, erbaute. Der Vorbau ist vor einigen Jahren von den Gebrüdern Weyland errichtet. In dem Hause wohnte auch zuerst der hier 1848 ins Amt getretene Pfarrer Kötter, bevor das untere Pastorat errichtet war. Vor annähernd 300 Jahren wirkte an der hiesigen evangelischen Kirche auch ein Vikar Dittmar Jellinghaus. Die alte Familie Jellinghaus stammt ursprünglich aus der Gemeinde Vörde.

& Halver, 28. Jan. Die Ortsgruppe Ostschule des Vaterländischen Frauenvereins hatte auf gestern nachmittag im Lokale Lückmann ihre Jahres-Hauptversammlung anberaumt. Die Vorsitzende Frau Rob. Grüber eröffnete die gut besuchte Versammlung mit etwa folgenden Worten: Sehr geehrte Damen, Mitglieder und Gäste! Wiederum ist ein Jahr in unserem Vereinsleben verflossen, ein Jahr reicher Arbeit und ein Jahr reicher Freude. Da geziemt es sich wohl, am Jahresschluß einmal stille zu stehen, Rückschau zu halten und einen Ausblick ins neue Jahr zu tun. Zu solchem Verhalten sind wir heute zusammengekommen, und nun heiße ich sie alle herzlich willkommen. Leider deckt von den Mitgliedern, die diesen Tag im vorigen Jahre mit uns erlebten, heute schon einige der Grabeshügel. Ihr Andenken wollen wir ehren, was in üblicher Weise geschah. Es freut mich, heute feststellen zu können, daß in dem verflossenen Vereinsjahre viel treue Arbeit von treuen Mitgliedern geleistet worden ist. Da kommt die stille Freude von selbst, wenn man sieht, mit welch kindlichen Dank oder mit welch freudigen Tränen unsere Gaben von den in Not versetzten Armen entgegengenommen werden. — Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Jahresbericht" machte die Vorsitzende dann folgende Mitteilungen: An Barunterstützungen sind 230 Mk. gewährt worden. Einer Familie wurde für Kartoffeln aus dem Vorjahre 16,26 Mk. ver-

Um zwei schöne Augen.

41] Roman von H. Abt.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Nein, nein! Diese Art von Leben, diese leisetreterische, rücksichtsvolle Verlogenheit vor einander nicht länger! Und wenn er Tagelöhner werden mußte, der doch wenigstens allabendlich seinen verdienten Lohn nach Hause brachte! Nur nicht länger dieses unfruchtbare Warten auf etwas, das vielleicht nie kam, dieses Zeit- und Kraftvergeuden an eine Künstlerschaft, die er vielleicht nie erreichte. Noch einen letzten Versuch morgen, und verlief der resultatlos, dann — Schluß und irgend etwas Neues!

„Kommst du wie gewöhnlich zurück, Heinz?" fragte Adele, als er sich am anderen Vormittag zum Fortgehen rüstete. „Wegen dem Mittagessen, weißt du?"

Sein Gesicht verzog sich. Wieder die fromme Lüge. Als ob er's nicht schon seit Wochen merkte, wie sie jetzt stets hinter ihm die Sicherheitskette vorlegte, um nicht wieder einmal zur Unzeit überrascht zu werden.

Er hastete die Treppen hinab, der Weg den er vorhatte, wurde ihm nicht leicht, desto schneller wollte er ihn erledigen. Der Kunsthändler, an den er sich schon einmal gewandt, hatte kürzlich ein Bild von ihm in Kommission genommen, das er daheim mit allem Fleiß in den Stunden gemalt, die er nicht auf der Akademie verbrachte. Allzuviel Hoffnung auf einen Käufer hatte der Mann ihm nicht gemacht; heut nun wollte er ihn fragen, bitten, selber das Bild zu erwerben, um irgend einen Preis — und tat er einen Fehlgang, dann Schluß mit der Kunst!

Es war ein Fehlgang. Kurz und kühl lehnte der Kunsthändler sein Ansinnen ab und entschuldigte sich, daß er zu längerer Rücksprache heut keine Zeit habe, weil ein Kunde seiner warte.

Heinz war abgefertigt und konnte gehen. Er ging trat aus dem Laden hinaus, blieb stehen unter den Säulen des Portals, die gestreckten Arme am Körper festgepreßt, den Kopf ungestüm in den Nacken liegend, die Brust geschwellt, in den Augen ein Glühen und Flammen wie ein junger Riese, der sich anschickt, mit aller Spannkraft, aller wilden Energie sich auf ein Ziel zu werfen — oder auch, vor sich die Säulen zu packen, daß sie stürzend ihn und alles unter sich begruben. Ein paar Sekunden verharrte er so, dann trat er harten Schrittes vollends auf die Straße und blieb unwillkürlich noch einmal stehen.

Am Trottoir hielt eine offene herrschaftliche Equipage. Der Diener war vom Bock gesprungen, im Wagen stand, zum Aussteigen bereit, eine Dame — eine imposante Gestalt, fast exotisch, prächtig in einen dunkelroten, reich mit kostbarstem Zobel besetzten Mantel gehüllt. Unter dem rosengarnierten Pelzhut drängte eine wilde Flut rostbraunen Haares um ein fahlblasses Gesicht, und durch eine juwelenfunkelnde, goldene Lorgnette blickte ein von schweren Leiden halb verdecktes Augenpaar so fest und ungeniert ihn an, als wäre er irgend ein lebloses Schaustück.

Seine Brauen zuckten, rasch ging er weiter. Als er, den Damm überschreitend, zur anderen Straßenseite hinüberbog, wandte sein Kopf sich nochmals zurück, und wieder sah er das funkelnde Lorgnon auf sich gerichtet, jetzt von derselben Stelle her, wo er unter dem Säulenvorbau der Kunsthandlung gestanden hatte. Der rote Seidendamast des Mantels leuchtete ordentlich die Straße herauf, und unter diesem hervor fiel über die Stufen herab wie ein stumpfsilberner Schweif die lange Schleppe eines grausamtenen Kleides. Jetzt bewegte sich dieser Schweif, glitt langsam die Stufen hinauf und verschwand hinter dem Portal der Kunsthandlung, das der Diener für sie geöffnet hielt.

War diese halbasiatische Prunkerscheinung, die ihn so unverfroren mit ihrer Aufmerksamkeit beehrt, vielleicht der Kunde, um den es der Kunsthändler so eilig gehabt, ihn aus dem Hause zu werfen?

Das Flammen und Blitzen brach wieder aus seinen Augen, wie er stürmisch weiterging. Dabei lachte etwas in ihm, höhnte: „Warum denn so eilig? Wo steht denn was und wartet? Langsamer, langsamer, und vor allem bescheidener in den Bewegungen, wie sich's für einen ziemt, der als Stellungsuchender an die Türen klopfen will!"

Dann sprang der Blick ihm an seiner schneidig schlanken Gestalt herab. Sah er auch vertrauenerweckend genug aus? War nicht der Anzug zu unwahrscheinlich elegant, hätte ein etwas abgetragenerer Rock nicht vielleicht mehr Aussicht auf Berücksichtigung gehabt? Ob er heimging und sich erst zweckentsprechender kostümierte?

Aber nein, zarte Diskretion ist auch unter Eheleuten eine schöne Sache. Er durfte doch Adele nicht wieder unversehens in den Scheuereimer fallen.

Weiter ging er mit dem ätzenden Höhnen in sich hin zu dem großen Stellenvermittlungsbureau für „gebildetes männliches Personal", dessen Firmenschild ihm schon manchmal auf seinem Wege zur Kunstakademie in die Augen geleuchtet hatte.

Adele aber hätte er daheim nicht beim Reinemachen gestört. Wohl arbeitete sie voll emsigen Fleißes, doch ihre Beschäftigung war eine graziös subtile, an der sie mit leichten, spitzen Fingern hantierte. Ein großes, weißes Laken war auf dem Boden ausgebreitet, darauf stand eine Kleiderpuppe und darüber gezogen eine luftig duftende Toilette, ein wahres Kunstwerk von übereinander rieselnden Chiffonplissees, von Bändern, Gazestreifen und kostbaren Spitzen-Inkrustationen. Der Stolz über ihre Schöpfung leuchtete ihr aus den Augen, und ihre Freude darüber machte sich in einem halblauten Trällern Luft. Das war so eine Eigentümlichkeit von ihr. Sie hatte früher immer, wenn ihr die Arbeit recht flink vonstatten ging, so vor sich hinsummen müssen wie ein lustig leichtes Vöglein, das bei allem Eifer des Nestbauens doch das Zwitschern nicht lassen kann. Ja, wie in einem großen Vogelbauer, in dem alles durcheinander piepst und trillert und schwatzt, so war's manchmal im Atelier gewesen, und wenn Madame Eugenie unversehens daherkam, klopfte sie in die langen schmalen Hände und machte: „Husch — husch — husch" — als wolle sie eine randalierende Spatzenschar verjagen. Madame Eugenie, die Allgewaltige, zu ihr war sie immer besonders nett gewesen, und hatte ihr's aus den Karten, die sie, wenn bei guter Laune, hin und wieder mal einer Auserkorenen legte, prophezeit: Adele werde dereinst einen vornehmen Herrn heiraten, einen Prinzen, und werde glücklich sein wie die lieben Englein im Himmel, bis an ihr Lebensende.

(Fortsetzung folgt.)

tausend Mark nach unten. Gegen den endgültigen Aufbringungsbescheid ist die Berufung an das Finanzgericht und die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof zulässig.

Der Vermögenssteuerbescheid wird also seitens der Steuerpflichtigen einer besonders genauen Prüfung bedürfen. Denn wenn der festgestellte Einheitswert des Betriebsvermögens durch Nichteinlegung eines Einspruches als richtig anerkannt ist, kann auch der endgültige Aufbringungsbescheid nicht mehr mit der Begründung angefochten werden, daß das zugrundegelegte Betriebsvermögen zu hoch bewertet worden ist. Aendert sich aber das Betriebsvermögen auf Grund eines erfolgreich gegen den Vermögenssteuerbescheid eingelegten Rechtsmittels, dann wird der Aufbringungsbescheid von Amtswegen berichtigt.

Erfolgen die nach dem Vorauszahlungsbescheide zu leistenden Vorauszahlungen nicht rechtzeitig, werden Verzugszuschläge in derselben Weise wie bei der Vermögenssteuer erhoben. Die erste Zahlung ist am 15. Februar fällig (Schonfrist 1 Woche), die zweite am 1. Juni 1926. Mit Stundung kann nicht gerechnet werden.

Fabrikbrand in Zittau.

700 Webstühle verbrannt.

In Zittau zerstörte ein Großfeuer einen beträchtlichen Teil der dortigen mechanischen Weberei, die eine der größten Textilfabriken des Ortes ist. Besonders schwer wurden die Schlichterei, die Spulerei und der große mit etwa 700 Webstühlen ausgestattete Webesaal vom Feuer angegriffen. Zahlreiche Webemaschinen und eine große Menge von halbfertigen Fabrikaten sind verbrannt. Neben der städtischen Feuerwehr waren außer der eigenen Fabrikfeuerwehr noch zahlreiche Löschmannschaften aus den benachbarten Orten und Fabriken an der Brandstätte erschienen, denen es nach stundenlangen Bemühungen gelang, des Feuers Herr zu werden. Die Höhe des Schadens, der sich zurzeit noch nicht voll übersehen läßt, dürfte sehr groß sein. Die betroffene Fabrik ist seit ihrer Gründung schon sechsmal von ähnlichen Bränden heimgesucht worden.

Kleine Nachrichten.

Die Gefahr des übermäßigen Weizenverbrauches.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt, hat nach den in der letzten Zeit gemachten Beobachtungen der Verbrauch an Weizen in Deutschland in solchem Maße zugenommen, daß der Absatz des deutschen Roggens sich ständig schwieriger gestaltet und die Existenz besonders der östlichen Landwirtschaft bedroht. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fand im Landwirtschaftsministerium eine eingehende Erörterung über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Einschränkung des Weizenkonsums und zu einer Belebung des Roggenverbrauchs statt.

Ein aufsehenerregender Rücktritt.

Hamborn. Der Duisburger Generalanzeiger meldet aus Hamborn: Der Stadtverordnete Lutsch hat sein Mandat als Stadtverordneter und seine Funktionen in den städtischen Ausschüssen und Kommissionen niedergelegt. Wie das Blatt dazu weiter erfährt, ist der bisherige Stadtverordnete Lutsch schon vor dieser Mandatsniederlegung auch aus der Deutschen Volkpartei ausgeschieden, unter gleichzeitiger Niederlegung seine sämtlichen Ämter und Mandate innerhalb der Partei. Ferner wird er am 1. April 1926 auch als Syndikus der Vereinigten Kaufmannschaft ausscheiden, die ihn bis dahin beurlaubt hat. Es ist durch Nachforschungen bei der Universität in Bonn festgestellt worden, daß Lutsch seinerzeit dort wohl eine Doktorarbeit eingereicht, den Doktortitel aber nicht erworben hat. Dessenungeachtet hat er sich diesen Titel zugelegt und hier seit Jahren ständig geführt. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat natürlich die obenerwähnten Rücktritte zur Folge. Lutsch hatte sich durch seine großen Fähigkeiten einen Namen zu machen gewußt.

Die Budapester Fälscherangelegenheit.

Budapest. Amtlich wird mitgeteilt: Der französische Gesandte Clinchant hat im Auftrage seiner Regierung von dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen Aufklärung darüber verlangt, in welcher Weise die ungarische Regierung die weitere Aufdeckung der bisher noch dunklen Einzelheiten der Strafsache und im Interesse ihrer Aufdeckung die Zusammenarbeit der französischen Organe mit den ungarischen Behörden erleichtern zu können glaubt, nachdem die ungarische Regierung dem Wunsche der Organe der Bank von Frankreich, es möge bei dem staatsanwaltlichen Verhör der Beschuldigten die Anwesenheit ihrer Vertreter und eventuell auch der nach Budapest entsandten französischen behördlichen Organe gestattet werden, als gegen die ungarischen Gesetze verstoßend befunden hat. Ministerpräsident Graf Bethlen machte unter Aufrechterhaltung seiner auch schon bisher wiederholt zum Ausdruck gebrachten Auffassung dem französischen Gesandten Vorschläge, die seiner Ansicht nach zur Sicherung der erbetenen Zusammenarbeit geeignet wären, ohne mit Bestimmungen der ungarischen Gesetze in Widerspruch zu stehen. Der französische Gesandte hat die Antwort des Ministerpräsidenten behufs Weiterleitung an seine Regierung zur Kenntnis genommen.

Welt und Wissen.

w. **Görres-Gedächtnisfeier im Reichstage.** Die Vereinigung Katholischer Akademiker, die Deutsche Zentrumspartei, der Katholische Frauenbund, der Augustinus-Verein und die Deutsche Görres-Gesellschaft veranstalteten am Sonntag im dichtbesetzten Plenarsitzungssaal des Reichstages eine Gedächtnisfeier für Joseph von Görres aus Anlaß seines 150. Geburtstages. Geheimrat Dr. Wilhelm Schellberg-Berlin hielt die Festrede, in der er Görres als großen Patrioten, den heute alle feiern könnten, ohne Ansehen des Glaubens und der Partei, als einen Mann der Universalität, der alle Felder des geistigen Lebens umspannte, und als den großen Führer und Erzieher des deutschen Volkes feierte. — Auch in Koblenz fand eine große Gedächtnisfeier für den rheinischen Dichter statt.

Turnen, Spiel und Sport.

Sp. **Programm der Schwimmer.** Das internationale Programm des Deutschen Schwimm-Verbandes ist für 1926 sehr vielseitig. Beabsichtigt sind für die Frühjahrssaison zwei Wasserballspiele in der Halle gegen Holland, eins davon in Deutschland und eins in Amsterdam. Weiter schweben Verhandlungen über einen Länderwettkampf mit Schweden, bei dem sowohl die Herren als auch die Damen in Aktion treten sollen. Für die Schwimmerinnen ist weiter ein Damen-Länderwettkampf mit dem Dänischen Schwimmverbande geplant. Eine Beschickung der Europameisterschaften in Budapest ist in Aussicht genommen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Verurteilte Landesverräter.** Vor dem Oberlandesgericht in Breslau wurde gegen den kaufmännischen Direktor Paul Franz Kaul, den Sohn eines Hamburger Senators, dessen Braut Gertrud Schmidt aus Namslau und dessen Vetter Wilhelm Kaul aus Leobschütz verhandelt. Die Angeklagten wurden beschuldigt, sich im Inland und in Polnisch-Oberschlesien des Verrats militärischer Geheimnisse und des Landesverrats schuldig gemacht zu haben. Die Öffentlichkeit wurde während der Dauer der Verhandlungen ausgeschlossen. Direktor Kaul wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, Gertrud Schmidt erhielt zwei Jahre Gefängnis, Wilhelm Kaul wurde freigesprochen.

§ **Grans legt Revision ein.** Grans, der Komplize Haarmanns, hat gegen das Urteil des Schwurgerichts, durch das er wegen Beihilfe zum Morde in zwei Fällen zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, Revision angemeldet.

§ **Ein trübes Sittenbild.** Das erweiterte Schöffengericht in Minden verurteilte ein Elternpaar, den Händler Clemens Molitor und Frau, wegen schwerer Kuppelei, Zuhälterei und fortgesetzter Blutschande bzw. schwerer Kuppelei und Beihilfe zur Blutschande zu vier Jahren bzw. zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht und deren 18jährige Tochter, Frau Helene Wambach, wegen Blutschande und Gewerbsunzucht zu sechs Monaten Gefängnis und vier Wochen Haft. Der Tochter wurde Bewährungsfrist zugebilligt.

§ **Verurteilte Zuchthausmeuterer.** Das Hamburger Schwurgericht verurteilte fünf Zuchthäusler, die am 5. Juni vorigen Jahres gelegentlich einer Reichstagung der deutschen Gefängnisbeamten in Hamburg im Zuchthaus Fuhlsbüttel gemeutert hatten, zu sieben bis drei Jahren Zuchthaus. Das Urteil ging bedeutend über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Bei der Meuterei waren seinerzeit zwei Gefangene ums Leben gekommen.

§ **Eine Kindesmörderin in Polen zum Tode verurteilt.** Das Warschauer Appellationsgericht verhandelte dieser Tage gegen eine Kindesmörderin aus Krakau. Die Angeklagte hatte ihr sechs Monate altes uneheliches Kind in einen Brunnen geworfen, wodurch der Tod des Kindes herbeigeführt wurde. Das Geschworenengericht in Krakau hatte die Angeklagte zum Tode am Galgen verurteilt. Das Urteil wurde vom Warschauer Appellationsgericht bestätigt. Es muß bemerkt werden, daß dies das erste Todesurteil ist, das von den polnischen Gerichten gegen eine Frau gefällt worden ist.

§ **Der verhängnisvolle Schlag im Dunkeln.** Der bekannte Berliner Schauspieler Heinrich George soll in Rehfischs „Juckenack" gerade vom Tode aufwachen, hört neben sich ein Schnarchen, einmal, zweimal, wird gestört, ist empört, schlägt in der Richtung des Schnarchens in einen Kulissenspalt. Dahinter aber steht ein Feuerwehrmann, der eine rote Backe bekommt und dem die Mütze vom Kopf fällt. Von Schlafen konnte bei ihm keine Rede sein. Das Geräusch war anderweitig erzeugt. Der Feuerwehrmann läßt zunächst nichts verlauten, meldet aber später den Vorfall dem Theaterdirektor und bittet darum, daß Herr George sich bei ihm entschuldige. George tut das nicht. Der Feuerwehrmann meldet das seiner vorgesetzten Behörde, die Strafantrag stellt wegen tätlicher Beleidigung. Die Sache endete nun mit einer Geldstrafe von 30 Mark für George, der sich damit verteidigte, daß er keineswegs die Absicht der Beleidigung gehabt und nicht gewußt habe, was sich in der Dunkelheit befindet.

§ **Eingestellte Verfahren in der Barmat-Angelegenheit.** Durch Beschluß der zuständigen Strafkammer ist das Verfahren gegen den früheren Direktor der Staatsbank, Dr. Rühe, sowie gegen Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Engelbert eingestellt worden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 27. Januar.

* **Börsenbericht.** Die Spekulation schritt in größerem Umfange zu Gewinnrealisationen und da andererseits neue Kaufords nicht in wesentlichem Umfange vorlagen, wurde auf das Kursniveau ein Druck ausgeübt, der in einzelnen Fällen zu ziemlich erheblichen Abschlägen führte. An der Börse glaubt man indessen nicht an einen Tendenzumschwung, sondern an eine nur vorübergehende Abschwächung. Die Lage am Geldmarkt ist unverändert, tägliches Geld 6—8 %, monatliches Geld 8—9 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39—20,44; holl. Gulden 168,40—168,82; Danz. 80,91 bis 81,11; franz. Frank 15,66—15,70; belg. 19,07—19,11; schweiz. 80,92—81,12; Italien 16,91—16,95; schwed. Krone 112,25—112,53; dän. 104,02—104,28; norweg. 85,46 bis 85,68; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,06 bis 59,20; poln. Zloty (nicht amtlich) 57,15—57,45.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 1607, darunter Bullen 381, Ochsen 423, Kühe und Färsen 803, Kälber 2335, Schafe 2811, Schweine 8272, Ziegen 22, Schweine aus dem Ausland 300. Preise. Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 48—50, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 41—45, c) junge fleischige, nicht ausgemästete 35—40, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 30—32; Bullen a) 46 bis 48, b) 41—44, c) 38—40; Kühe und Färsen a) 46—50, b) 37—40, c) 28—33, d) 23—26, e) 19—21; Fresser 30—38; Kälber a) —, b) 65—72, c) 55—62, d) 47—52, e) 40—45; Schweine a) —, b) 79—80, c) 77—79, d) 74—76, e) 70—73; Säue 69—73; Ziegen nicht notiert. Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ruhig, bei Schweinen ziemlich glatt. Der Hammelmarkt wurde wegen der bekannten Differenz nicht abgehalten. (Die notierten Preise verstehen sich einschl. Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.)

* **Berliner Magerviehmarkt.** (Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.) Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: 356 Schweine und 318 Ferkel. Verlauf: Ruhig. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Läuferschweine, 7—8 Monate alt, 80—100, 5—6 Monate alt 60—75 M.; Pölke, 3—4 Monate alt 40—50 M.; Ferkel, 9—13 Wochen alt 30—38, 6—8 Wochen alt 24—30 M. pro Stück.

* **Verhandlungen des Barmer Bankvereins mit einem amerikanischen Konsortium.** Wie verlautet, steht der Barmer Bankverein in Unterhandlungen mit einem amerikanischen Konsortium wegen Verkaufs eines Aktienpakets. Zwar sind diese Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt, sie befinden sich aber offenbar in einem vorgerückten Stadium.

* **Börsenstreik in Marseille.** Nach einer Meldung aus Marseille sind die Angestellten der dortigen Börse als Protest gegen die beabsichtigte Erhöhung der Börsenumsatzsteuer nicht in der Börse erschienen. Die Berufsvereinigung der Bankiers ihrerseits hat durch ihren Vorsitzenden im Namen von 130 Bank-, Börsen- und Wechselinstituten in einem Schreiben an den Finanzminister gegen die beabsichtigte Börsenumsatzsteuer Protest erhoben.

Wetteraussichten.

31. Jan.: Wolken, Sonne, Wind, nachts kalt,
1. Febr.: Sonne, teils Wolken, ziemlich kalt,
2. „ wenig geändert,
3. „ Wolken, Sonne, strichweis Niederschlag, rauh,
4. „ Wolken, Niederschläge, naßkalt, [nachts kalt,
5. „ wolkig, trübe, vielfach Niederschlag, tags milde,
6. „ wenig verändert. [nachts kalt.

Hauswirtschaftliches.

Aluminium — das Schmerzenskind der Hausfrau. Aluminiumsachen, die in glänzendem, sauberem Zustande eine Zierde jeder Küche bilden, erfordern sachgemäße Pflege. Das bekannte Putz- und Scheuermittel Ata wird zu diesem Zweck von den Hausfrauen allgemein gelobt. Es ist feinpulverig, sodaß es Aluminium glänzend macht, ohne Streifen zu bilden, und es besitzt infolge seiner zweckmäßigen Zusammensetzung eine schnell und mühelos wirkende Reinigungskraft.

Kamille für's Haar



Seit erdenklichen Zeiten schätzt man die anregende Wirkung der Kamille auf die Kopfhaut. Von der unpraktischen und zeitraubenden Verwendung reiner Kamillen ist man aber längst abgekommen, seitdem in dem bekannten Kopfwaschpulver „Schampon mit dem schwarzen Kopf" mit Kamillenzusatz ein Mittel von angenehmem, aromatischen Duft geboten ist, das die kräftigende Wirkung der Kamille mit durchgreifender Reinigungskraft verbindet und dem Haar glänzendes, volles Aussehen verleiht. Das echte Fabrikat trägt stets die weltbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf".

Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Anständige junge Herren finden
Kost und Logis.
Zu erfrag in d. Geschst. d. Allg. Anz. Halver.



Feinen, frischen
Nordsee-Schellfisch, Nordsee-Kabeljau, Portions- und Bratschellfisch sowie grüne Heringe
empfiehlt
Frau E. Lausberg, Halver, (Zum Adler.)

Zigaretten
Rauch- u. Kau Tabak
Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle.
Wiederverk. z. Fabrikpreise

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Halver.
Auf Lager vorrätig:
Baumwollsaatmehl
Erdnußmehl
Leinmehl
Rapskuchen
Rapskuchenmehl
Zuckerschnitzel
Weizenkleie
Vollmehl
Mais
Weizen, Hafer.
Bestellungen von Düngemitteln, Saathafer, Saatkartoffeln u. Runkelrüben werden entgegengenommen.

Heute erhielt ich

Kühe und Schweine.
Habe auch mehrere junge und ältere
Arbeitspferde
zum Verkauf stehen.
Carl Schmale
Halver. Telefon 23.

Sämtliche
Drucksachen
für Industrie, Handel, Vereine und Private
in modernster Ausführung
-: liefert schnell und billig :-
Wilh. Bell jr., Halver i. W.
Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen Anzeigers" u. „Schalksmühler :-: General-Anzeigers". :-:

Einer sagts dem andern
daß Sie
Manufaktur- u. sämtliche Weiß-Waren
gut u. staunend billig
in
Becker's Etagengeschäft
Hagen i. W.
Frankfurterstr. 96
kaufen.
Ein einmaliger Versuch macht Sie zum dauernden Kunden.

Gesangbücher, Bibeln, Testamente etc.
in altbekannter bester Ausführung kauft man preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver.



Milchversandscheine
— mit und ohne Namenaufdruck —
liefert schnell und billigst
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.